

Ende des Schmusekurses

Razzien bei VW-Tochter Audi: Ehemalige Vorstände im Visier der Fahnder. Regierung bleibt wegen Luftverschmutzung in Städten untätig

Bernd Müller

Dieselskandal, geplante Fahrverbote und fragwürdige Affentests lassen den Volkswagen-Konzern kalt. Am Freitag nachmittag trat der Aufsichtsrat des Wolfsburger Unternehmens zusammen, um über die Bilanz des letzten Geschäftsjahres zu beraten. Von *Reuters* befragte Analysten schätzten, dass sich der Betriebsgewinn auf 14,7 Milliarden Euro mehr als verdoppelt hat. Damit hat der Konzern offenbar das beste Ergebnis seiner Geschichte eingefahren – und das trotz hoher Aufwendungen für Elektromobilität und immer weiter sinkender Verkäufe von Dieselfahrzeugen. Mit 10,74 Millionen Autos hatten die Wolfsburger im letzten Jahr mehr Gefährte in aller Welt verkauft als je zuvor.

Neben der goldgeränderten Bilanz beschäftigte sich das 20köpfige Kontrollgremium erneut mit den Tests an Affen, die Anfang des Jahres der Öffentlichkeit bekannt wurden. Vorstandschef Matthias Müller unterrichtete das Gremium über den Stand der internen Untersuchung. Als eine Konsequenz aus den Tierversuchen sollen Forschungsprojekte auf den Prüfstand gestellt werden, und ein neuer Verhaltenskodex soll verhindern, dass sich solche Vorfälle wiederholen.

Im neuen Geschäftsjahr dürften es die Dieselaautos sein, die dem Konzern weiterhin in Deutschland zu schaffen machen. Die Affäre um die Manipulation von Abgaswerten ist noch nicht ausgestanden: Im Streit um mögliche Fahrverbote für Dieselfahrzeuge in deutschen Innenstädten könnten weitere Belastungen auf den Konzern zukommen.

Am Donnerstag wurden erneut Razzien durchgeführt. Erstmals sind ehemalige Vorstände der VW-Tochter Audi ins Visier der Ermittler geraten. Die Staatsanwaltschaft München durchsuchte Privatwohnungen und einen Arbeitsplatz von drei weiteren Beschuldigten. Sie stehen im Verdacht, mit dafür gesorgt zu haben, dass ein wesentlicher Teil der mit Schummelsoftware ausgestatteten Dieselfahrzeuge in den USA und Europa auf den Markt gebracht wurde. Die Zahl der von Audi womöglich manipulierten Motoren erhöhte sich inzwischen auf rund 250.000.

Der Druck auf den Konzern, vom Abgasskandal betroffene Autos auf Herstellerkosten nachzurüsten, steigt. Am Freitag veröffentlichte der Bund für Umwelt und Naturschutz

Deutschland (BUND) das Ergebnis einer repräsentativen Emnid-Umfrage. Demnach spricht sich eine überdeutliche Mehrheit von 83 Prozent der Bevölkerung in Deutschland dafür aus, dass die neue Bundesregierung die Autohersteller dazu verpflichten sollte, Dieselfahrzeuge mit Schummelsoftware auf eigene Kosten nachzurüsten.

Hubert Weiger, Vorsitzender des BUND, sieht in den Ergebnissen der Umfrage einen klaren politischen Handlungsauftrag. »Die Zeit des Abwartens und Verzögerns von notwendigen Entscheidungen muss ein Ende haben«, forderte er. Die nächste Bundesregierung müsse ihren Schmusekurs mit der Autolobby beenden.

Die hat es aber nicht eilig. Mit Blick auf das für Dienstag erwartete Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes zu Fahrverboten für Dieselautos lässt sie mögliche Konsequenzen offen. Es gelte abzuwarten, was das Gericht verkünden werde, sagte Vize-Regierungssprecherin Ulrike Demmer am Freitag in Berlin. Lediglich das Bundesumweltministerium pochte nach Agenturangaben darauf, dass zur Verringerung des Schadstoffausstoßes Umbauten an Motoren älterer Diesel-Autos auf Kosten der Hersteller durchgesetzt werden müssten. Die Autokonzerne lehnen dies bislang wegen der erwarteten hohen Kosten ab.

<https://www.jungewelt.de/artikel/327572.ende-des-schmusekurses.html>